

Die Beharrlichkeit der Deutungsmuster oder "Warum ist Frau Kludt nicht flexibel?"

Busse, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Busse, S. (2002). Die Beharrlichkeit der Deutungsmuster oder "Warum ist Frau Kludt nicht flexibel?". *Journal für Psychologie*, 10(3), 279-292. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-28094>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Beharrlichkeit der Deutungsmuster oder „Warum ist Frau Kludt nicht flexibel?“

Zum Beitrag von Ute Luise Fischer, Caroline Großer,
Sascha Liebermann:

„Die Beharrlichkeit der Deutungsmuster – Handlungsprobleme
und erwerbsbezogene Deutungsmuster unter Bedingungen
der Transformation in Sachsen“

Stefan Busse

Zusammenfassung

Der Beitrag bringt eine Reihe von Einwänden gegen implizite Unterstellungen und zentrale Argumentationen vor, mit denen der Beitrag von Fischer, Großer und Liebermann (in diesem Heft) operiert. Die Autor(inn)en können belegen, daß entgegen der modernisierungstheoretisch zu erwartenden Flexibilisierung der Subjekte empirisch die Beharrlichkeit subjektiver Deutungsmuster und Handlungsroutinen zu konstatieren ist. Daß dies den Autor(inn)en zu Folge ein erstaunlicher Befund sei, ist allerdings auf eine Reihe theoretischer Mißverständnisse der Moderne, von Sozialisation sowie auf die Verkennung konstanter (und weniger flexibilitätsfördernder) Anforderungen im System von Erwerbsarbeit zurückzuführen. Die unterstellte „Beharrlichkeit der Deutungsmuster“ des exemplarischen Falls „Frau Kludt“ wird zudem in generalisierender Weise den z. T. einseitig interpretierten realsozialistischen Sozialisationsbedingungen in der ehemaligen DDR zugeschlagen. Dies verweist eher auf die „Beharrlichkeit der Deutungsmuster“ der Autor(inn)en im Umgang mit diesem Teil deutscher Geschichte.

Schlagwörter

Theorie der Moderne, Flexibilisierung, DDR-Sozialisation, deutscher Transformationsprozeß.

Summary

On the Persistence of Interpretive Patterns or „Why does Mrs. Kludt not prove to be flexible?“

On the Article of Ute Luise Fischer, Caroline Großer and Sascha Liebermann: „On the Persistence of Interpretive Patterns Concerning Paid Work in the Former GDR“

This paper raises some objections to the argumentation and implicit allegations in the paper of Fischer, Großer and Liebermann in this number. In contrary to the anticipation of flexibility of the subjects following the theory of modernization, the authors notice the empirical evidence of the perseverance of subjective patterns of interpretation and routines of action. In their perspective this is an astonishing result. But this astonishment is based on theoretical misunderstanding of the modern age and socialisation. The authors also don't recognise constant demands in the employment system. The allegation of the „perseverance of pattern of interpretation“ in the case of „Frau Kludt“ is based on generalised and one-sided interpretations of the socialisation in the former GDR. This shows more likely a „perseverance of pattern of interpretation“ in the way the authors cope with this part of German history.

Key words

Theory of modernisation, flexibility, socialisation in the GDR, the German process of transformation.

Der Beitrag der Autor(inn)en widmet sich der strukturellen Transformation der Moderne, wie sie in der gegenwärtigen (vor allem soziologisch geprägten) Diskussion mit „Flexibilisierung“ und „Individualisierung“ allgemein benannt wird. Das „Individualisierungstheorem“, wie es rituell den gegenwärtigen Diskurs um die Krise der Moderne am Laufen hält, aber auch leichtfüßig dem wissenschaftsjournalistischen Feuilleton Nahrung gibt, trägt zum Gutteil, wie die Autor(inn)en vermuten, „den Charakter (eines) selbstinszenatorische(n) Diskurse(s)“. Es tut also Not, nicht zuletzt um die analytische Kraft und diagnostische Schärfe dieses Diskurses nicht zu entwerten, diesen mit einer differenzierten Empirie realer Lebensverhältnisse und der alltagsnahen Handlungs- und Deutungspraxis der Subjekte zu konfrontieren. Das tun die Autor(inn)en anhand eines zentralen Problems der sich transformierenden Moderne – der sich anbahnenden Veränderung von Erwerbs-

arbeit. Sie fragen danach, inwieweit sich über die Krise von Erwerbsarbeit auch eine Krise der korrespondierenden Subjektstrukturen einstellt. Diese müsse über kurz oder lang zu flexibleren Anpassungen auf Seiten der Subjekte, zu einer Umbewertung von Erwerbsarbeit als dem sinnerfüllenden Hauptmoment von Lebensentwürfen führen. Es müsse ein „Normalisierungsdruck“ in Richtung einer Verstetigung und Permanenz der Krise ausgehen, indem Subjekte diese eher flexibel managen denn (einfach) bewältigen. Die Autor(inn)en kommen nach eingehender Analyse ihres empirischen Materials zu dem Schluß, daß eine krude Eins-zu-Einssetzung der Veränderung makrosozialer Strukturen mit der Veränderung korrespondierender Subjektstrukturen den Realverhältnissen nicht gerecht wird. Was dem im Wege steht, ist (wieder einmal) die Widerständigkeit der Subjekte bzw. die „Beharrlichkeit der Deutungsmuster“. Nicht allein die objektive Lage am Arbeitsmarkt macht bestimmte Handlungs- und Deutungslogiken sinnvoll oder funktionslos, sondern bisher in den Subjektstrukturen geronnenes Leben selbst, welches als sozialisiertes Sediment die Grundlage von subjektiven Anpassungs- und Bewältigungsleistungen bietet. Das ist, grob gesprochen, der metatheoretische Rahmen, den die Autor(inn)en auf einleuchtende Weise skizzieren.

Daneben wird ein zweites Thema über den im Beitrag rekonstruierten Fall verhandelt – der gesellschaftliche Transformationsprozeß im Osten bzw. in der ehemaligen DDR als exemplarischer „Fall“ für die übergreifende Theorieperspektive. Diese wird zugleich durch eine dritte regionstheoretische Perspektive untersetzt. So steht schließlich mit Sachsen eine traditionelle deutsche Industrieregion im Fokus der Analyse. Die letzten beiden Perspektiven geben die innere thematische Rahmung für den Beitrag, als die Frage gestellt wird, *inwieweit die ostdeutschen Transformationsprozesse im sächsischen Teil der ehemaligen DDR exemplarisch für die übergreifenden Transformationen der Moderne* gelten können.

Alle drei Theorieperspektiven – der metatheoretische Modernediskurs, die ostdeutsche Transformationsdiskussion und deren regionstheoretische Spezifizierung – werden schließlich empirisch an einem erwerbsbiografischen Fall, den der katholischen Bauerntochter Kludt, zusammengeführt. In diesem Ansatz liegt das Verdienst des Artikels bzw. auch des Forschungsprojektes, aus dem die Autor(inn)en beispielhaft Material vorstellen. Bei der Fallrekonstruktion imponiert in dem Artikel in einem ersten methodischen Schritt die komprimierte Rekonstruktion der historischen Rahmenbedingungen als solche (abzüglich der noch zu erhebenden prinzipiellen Einwände, s. u.), die für das handelnde Subjekt als objektiver Möglichkeitsraum fungieren. In einem zweiten methodischen Schritt erfolgt anhand des Interviewmaterials die „feinanalytische“ Begründungsanalyse von biografischen Handlungsentscheidungen. So habe ich den Beitrag insgesamt mit Interesse, Spannung und Gewinn gelesen.

Die am Fall vollzogenen Verallgemeinerungen und weitreichenden Schlußfolgerungen der Autor(inn)en fordern jedoch eine Reihe theoretischer Ein-

wände heraus, von denen ich im folgenden nur die Wichtigsten herausheben will. Sie verweisen m. E. sowohl auf einige problematische Prämissen im Umgang mit dem Modernediskurs als auch auf einige Stereotypisierungen im sozialwissenschaftlichen Diskurs über die ehemalige DDR (oder allgemeiner: über den Realsozialismus), was nicht zuletzt auch auf die „Beharrlichkeit einiger Deutungsmuster“ nicht nur der Autor(inn)en zurückgeht. Um die Argumentation abzukürzen, verfare ich stichpunktartig und mache die generellen Einwandsebenen deutlich.

1. Ein modernisierungstheoretischer/wissenschaftstheoretischer Einwand

Zunächst wäre zu fragen oder zu prüfen, ob die von den Autor(inn)en kritisierte allgemeine Flexibilisierungsthese bzw. das Individualisierungstheorem in seinem zeitdiagnostischen Anspruch empirisch zu relativieren ist oder ihre Kritik nicht eher auf eine einseitige und überdehnte Wahrnehmung des Modernisierungstheorems selbst zurückgeht. Mit der seit Mitte der 80-er Jahre begonnenen Zeitdiagnose einer sog. Risikogesellschaft, mithin einer zweiten und nunmehr reflexiven Moderne (Beck) wird ein Befund erhoben, der auf Veränderungen verweist, die an den Rändern (oder in der Mitte) der uns so vertrauten Moderne sichtbar werden. Das heißt beileibe nicht, eine im empirischen Sinne allumfassende Durchtransformation der Gesellschaft zu konstatieren, höchstens eine solche anzukünden. Zudem würde dies den Umstand verkennen, daß gesellschaftliche Entwicklungen in mannigfachen diachronen und synchronen Entwicklungsschichtungen vor sich gehen, also Altes in Neuem und Neues in Altem aufscheint. Insofern dürfte es nicht verwundern, wenn man empirisch Verhältnisse vorfindet, die augenscheinlich den theoretisch unterstellten allgemeinen Entwicklungen nicht entsprechen. Kurz: Bei aller berechtigter Kritik am „selbstinszenatorischen“ Modernediskurs macht dieser zunächst nur eine analytische Unterscheidung, die an der gegenwärtigen gesellschaftlichen Praxis Dinge bzw. Phänomene sichtbar macht, diese aber nicht als durchgängig strukturbestimmend behauptet. Auch wenn die Autor(inn)en in ihrer Fußnote 5 selbst relativierend eher von „graduellen Veränderungen“ als von krisensetzenden Transformationen, die mit der Modernisierung einhergehen, sprechen, scheint ihre Gesamtanalyse von einem versteckt falsifikatorischen Herangehen getragen zu sein. Ein solches mag für Theorien mittlerer bzw. geringer Reichweite oder für das Prüfen von Falltheorien (wie im methodischen Verfahren der Interviewanalyse) sinnvoll sein. Für das Infragestellen des metatheoretischen Entwurfs des Modernediskurses ist es problematisch, weil das Auffinden von widersprechenden Fällen, wie der der Frau Kludt, die

allgemeine Zeitdiagnose als solche nicht anfight. Gleichwohl ist das Anliegen der Autor(inn)en, nach empirischen Bewährungen der Theorie zu fragen, berechtigt, wenn damit Fragen nach den Problemstellungen, Anforderungen und Entwicklungsaufgaben gemeint sind, mit denen die „zweite Moderne“ die alltagsnahen Handlungsräume der Subjekte sozusagen „vor Ort“ ausstattet, wenn damit nach den subjektseitigen und subjektiven Antworten, „Lösungen“ und Bewältigungsformen gefragt wird. Mit Bezug auf alltagsreale Handlungssituationen bzw. allgemeiner für die empirischen Sozialwissenschaften ist der Modernediskurs damit aber eher ein *Diagnoseinstrument* und nicht schon die *Diagnose* selbst!

2. Ein sozialisations- und subjekttheoretischer Einwand

Auch aus sozialisations- bzw. subjekttheoretischer Perspektive läßt sich die implizite Frage der Arbeit „Warum ist Frau Kludt nicht flexibel?“ problematisieren. Die Autor(inn)en differenzieren ihre ursprüngliche Ausgangshypothese – die im übrigen ein altes „Unmittelbarkeitspostulat“ zwischen äußeren und inneren Bedingungen unterstellt hatte – durch die Einführung sozialisatorischer „Variablen“, die verständlich machen sollen, daß Subjekte in Bezug auf die unmittelbaren Zumutungen und Anforderungen der gesellschaftlichen Praxis auf ihre biografisch geronnenen Deutungs- und Handlungsmuster zurückgreifen, daß sie also nicht einfach „flexibel“ die aktuelle gesellschaftliche Praxislogik in ihre Subjektstrukturen hinein kopieren. Dies kann als Widerständigkeit, Beharrlichkeit oder eben auch als Unflexibilität erscheinen. Dennoch macht es subjektiv Sinn, weil es, wie auch immer, individuelle Handlungsfähigkeit sichert. Denn die Subjekte haben immer eine doppelte Anschlußleistung zu vollbringen – zum einen an die Textur der umliegenden gesellschaftlich bestimmten Praxis und zum anderen an ihre eigene Subjektlogik. Sie können ihre biografischen Muster nicht überspringen, selbst wenn sie sie aufgeben und umschreiben. Identitätsarbeit folgt immer dieser doppelten (An-)Passungsleistung. Das ist, wenn man so will, der allgemeinste sozialisations-theoretische Befund, den man machen kann. Insofern verwundert auch die Beharrlichkeit von Frau Kludt nicht; sie greift auf etwas zurück, was für sie funktional ist, und nicht schon dadurch zur Disposition steht, weil die sie umgreifende gesellschaftliche Praxis in eine Krise gerät. Erst wenn sie hier selbst in eine „kritische biografische Situation“ geriete, könnte die Aufgabe oder Umschreibung überkommener Deutungs- und Handlungsmuster Sinn machen. Dies würde aber wiederum voraussetzen, daß damit für das Subjekt (Frau Kludt) eine Erweiterung ihrer Handlungsfähigkeit antizipierbar wird.

Wenn dies jedoch nicht möglich bzw. vom Subjekt nicht einholbar ist, kann, das ist eine alte und manchmal bittere Einsicht der Psychologie, der widerständige Rückgriff auf Bewährtes gerade der Versuch einer Krisenbewältigung sein.

3. Ein Einwand mit Bezug auf die aktuelle gesellschaftliche Praxis (Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation)

Im weiteren ist überhaupt zu fragen, ob die gegenwärtigen gesellschaftlichen/ökonomischen Verhältnisse, wie sie Frau Kludt bzw. jener Kohorte, die Frau Kludt verkörpert, gegenüberreten, von ihr etwas abverlangen, was eine Aufgabe bisheriger Deutungs- und Handlungsmuster erfordert. Ist das, was als Beharrlichkeit imponiert, wirklich ein Mangel an Flexibilität, die die Verhältnisse so nachdrücklich einfordern?

Die Autor(inn)en deuten an, daß gerade die Generation der mit der Wende etwa 50 bis 55-Jährigen im gewissen Sinne eine tragische Generation ist, da sie zu jung für die Rente und zu alt für den Arbeitsmarkt war. Das heißt aber, daß ihre Vertreter auf besondere Weise den Zumutungen und Ambivalenzen der beschäftigungspolitischen Maßnahmen, angefangen von Warteschleifen, Abwicklungen, ABM, zigfachen Umschulungsmaßnahmen, Vorruhestand, Aktion 55 (im Osten), kurzzeitigen Beschäftigungen ausgesetzt waren, die alles andere aber nur keine realen neuen Beschäftigungschancen verhießen. Die Vertreter dieser Generation haben die neuen ökonomischen Verhältnisse so kaum von ihren Chancen und Ermöglichkeiten her kennen lernen können, sondern nur ihre arbeitsmarkt- bzw. beschäftigungspolitischen Tröstungen und Vertröstungen. Diese legen aber womöglich gerade eine Haltung nahe, daß es nicht wichtig zu sein scheint, was man macht, sondern daß man überhaupt einen Job bekommt oder endlich in Rente gehen kann, um nicht mehr das Stigma der Arbeitslosigkeit zu tragen. Insofern dürften, entgegen der Interpretation des Falls durch die Autor(inn)en, die allgemeinen Beschäftigungs- und Umschulungsmaßnahmen nicht Offerten zur Flexibilisierung sondern zum „reinen Tätigsein“ gewesen sein. Die durch die arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen geschaffene Realpraxis in den neuen Bundesländern vermittelte die „starke und hartnäckige Geltung eines normativen Modells der (an Erwerbsarbeit orientierten, S. B.) Lebensführung“ und zugleich deren Auflösung. Im Fall von Frau Kludt hieße das sogar, daß ihr Beharren auf einer abstrakten „Leistungsethik ohne Bewährung in einer Sache“ mit Bezug auf die

modalen Möglichkeiten ihrer Kohorte durchaus funktional und anforderungsbezogen, aber zugleich illusionär ist.

Die Autor(inn)en unterlaufen an dieser Stelle die Schärfe, die ihre Analyse bei der Rekonstruktion objektiver Handlungsmöglichkeiten mit Bezug auf die *zurückliegende* historische Handlungssituation (Nachkriegssituation, protestantisches Sachsen, z. T. DDR-Verhältnisse) gewonnen hatte. Was wären denn die alternativen Handlungsoptionen, die Frau Kludt (als Prototyp) ausschlug und auf die sie hätte flexibel reagieren können? Was bliebe, ist allein die Möglichkeit zur kognitiven Umstrukturierung, zur subjektiven Zurücknahme der Zentralität von Erwerbsarbeit in einer Gesellschaft, in der diese trotz aller Relativierung nach wie vor ein zentraler Wert ist. Was wären also genau die „Spuren von einem flexiblen Umgang mit den neuen Anforderungen und Lebensumständen“, die den Autor(inn)en „in keinem (ihrer) Fälle zu finden“ möglich war? Die Fragen spitzen sich noch zu, wenn man sie, wie die Autor(inn)en das an anderer Stelle tun, auf die regionalen Bedingungen in Sachsen mit einer Arbeitslosenquote bis zu 23% bezieht. Damit wird das Reden von Flexibilisierung ohne Bezug auf reale Lebenschancen, auf offene Handlungs- und Entscheidungsoptionen der Betroffenen schnell zynisch. Das ist den Autor(inn)en als Absicht nicht zu unterstellen, zumal sie selbst mehrfach anmahnen, daß der „Ausdruck ‚Flexibilisierung‘ ... im unklaren (läßt), auf welche Strukturebene der Lebenspraxis ...“ er sich jeweils bezieht (vgl. Fußnote 5). In ihrer Argumentation bestehen (beharren) sie allerdings auf dem „Beharrungsvermögen der Deutungsmuster“ und nicht auf jenem der Verhältnisse.

Vielleicht ist mit Bezug auf die übergreifende modernisierungstheoretische Perspektive noch ein Weiteres in Frage zu stellen? Die bruchlose Anwendung des modernisierungstheoretischen Diskurses auf die Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern übersieht, daß hier partiell von einer doppelten Modernisierung auszugehen ist. Die Adaptionanstrengungen der Subjekte gelten nicht nur der sich gerade auflösenden Moderne, sondern zunächst noch ihren gemeinen realkapitalistischen Traditionsbeständen, nämlich der schlichten wie faktischen Möglichkeit arbeitslos zu werden, von der die ehemaligen DDR-Bürger bislang ausgeschlossen waren. So dürften ihre Anpassungsleistungen (zu denen auch Beharren gehören kann) zunächst vor allem dieser Seite der Realität gelten.

4. Eine Reihe gesellschaftstheoretischer Einwände

Ein weiteres Problem ist die pauschalisierende totalitarismustheoretische Brille, durch die hindurch der Realsozialismus in der DDR analysiert

wird. Das entdifferenziert den sozialhistorischen Handlungsraum, in dem die historisch verankerten Subjekte real agiert haben und interpretiert das sozialhistorische Gebilde „DDR-Gesellschaft“ allein mit Blick auf seine politische Herrschaftsausübung.

Diese Entdifferenzierung geht dann auch zu Lasten der Begründungsanalyse, weil im Rahmen der zweiwertigen Logik zwischen Flucht und opportunistischer Anpassung letztendlich unverständlich bleiben muß, warum „vernünftige“ Leute sich nicht einfach mittels Republikflucht für das Reich der Freiheit entschieden, sondern im Arrangement mit den Verhältnissen ausgeharrt haben. Auch dies ist erklärungs- und begründungsbedürftig. Sie schafft zudem eine doppelte Entlastung – für jene, die nicht unter realsozialistischen Verhältnissen leben mußten, da offenbar jegliche Fragen des eigenen Abhängigseins von Macht, des opportunistischen Arrangierens mit dieser und der ideologischen Verkennung von Realität historisch jenseits der Mauer zu entsorgen sind. Und für jene, die unter den Verhältnissen bis 1989 gelebt haben, ist es das falsche Angebot für die Entverantwortung des eigenen Beteiligtseins, in welcher Graduierung auch immer. Denn, wenn man sich in der DDR ohnehin hat nur anpassen können, ist das auch eine spezifische Form von Entlastung, die die Frage nach der Möglichkeit von Widerstand, der Notwendigkeit von Couragiertheit aber auch von Irrtum gar nicht erst aufkommen läßt. Das subsumierende Ineinsetzen der totalitarismustheoretischen Metaperspektive mit den realen Handlungsoptionen und -erwägungen der Subjekte führt im Ergebnis zu einer Reduktion des Phänomens Realsozialismus auf die Stasidebatte. Das ist problematisch, nicht weil es etwa als ungerecht empfunden werden könnte, sondern weil es das Ergebnis der Analyse immer schon präjudiziert.

Auf diesem Hintergrund kommen die Autor(inn)en so zu einer Reihe problematischer wie verkürzender Schlußfolgerungen, die dann auch auf die Fallanalyse zurückschlagen.

4.1. Wie Frau Kludt so habe ihre Generation eher zur „Unauffälligkeit in der Lebensführung als zur besonderen Innovation und Revolte (geneigt). Es wäre also überraschend gewesen, wenn sich Mitglieder dieser Generation an politischen Reformdebatten in besonderem Maße beteiligt hätten.“ Diese Generationstypisierung verkennt nicht nur, daß, wie gesagt, die realen oder subjektiv relevanten Entwicklungs- und Handlungsalternativen nicht allein in das grobe Raster von Flucht vs. opportunistischem Arrangement fielen, sondern die Subjekte auch Sinnbindungen innerhalb der DDR entwickeln konnten, die im übrigen auch auf die Reform- und Veränderungsfähigkeit des Realkonstruktives DDR hinausliefen. Auch wenn dies bei den kritischen Intellektuellen von Illusionen getragen war oder deren Kritik „eine obrigkeitstaatliche Haltung reproduzier(te), die sie kritisier(ten)“ (vgl. Fußnote 19), ist die „Generation der unauffälligen Kontinuität“ von Frau Kludt (Jahrgang 1941) nun gerade

jene gewesen, die wohl als Stammgeneration der DDR-Dissidenten gelten darf – Rudolf Bahro war Jahrgang 1935, Jens Reich ist Jahrgang 1940, Bärbel Bohley Jahrgang 1945.

4.2. Ein weitere grobe Simplifizierung ist die Unterstellung, ein Verzicht auf eine systemkonforme Karriere sei identisch mit jeglichem Verzicht auf die „Bewährungsmöglichkeit“ in der Erwerbsarbeit gewesen. Richtig ist, daß man in der DDR in der Tat, je höher man in seiner beruflichen Entwicklung stieg, in das Konfliktfeld zwischen der Fortschreibung berufsbiografischer Handlungsoptionen und politischer Anpassung geriet. Das galt in signifikanter Weise für berufliche Positionen, die mit Leitungs- und Führungsaufgaben betraut waren und es galt in unterschiedlich starkem Maße für bestimmte Berufs- und Tätigkeitsfelder. So war es ein Unterschied, ob man in der Landwirtschaft, in der Volksbildung oder in der Diakonie tätig war. Die Binnendifferenzierung der DDR ließ es durchaus zu, sich inhaltlich-beruflich über die Sache seiner Erwerbsarbeit zu identifizieren, ohne sich in signifikanter Weise oder opportunistisch an das System zu binden. Es ist problematisch, berufliche (Sach-)Orientierung, Karriere und opportunistisches Arrangement in eins zu setzen.

Ein Weiteres: Die DDR war eben nicht nur eine „totalitäre politische Ordnung“ sondern auch ein *moderner* Industriestaat bzw. ein Staat, der sich einen Gutteil der Leitparameter der Moderne als Zielgrößen zu eigen gemacht hatte und sozialisatorisch zu vermitteln trachtete. Dazu gehörte nun gerade eine ausgesprochene Leistungsorientierung, die den Fetisch technischer Machbarkeit und Herstellbarkeit für alle gesellschaftlichen Lebensbereiche unterstellte. Wenn (klassische) Moderne einerseits bedeutet, einer starken Leistungsorientierung, dem Fortschrittsglauben, der Technizierbarkeit und Kontrollierbarkeit aller Lebensbereiche zu huldigen, andererseits sich aber auch (und das ist allerdings die zweite Seite der Moderne) auf den prekären Prozeß von demokratischer Beteiligung am Gemeinwesen einzulassen, dann war die DDR eher eine „halbierte Moderne“. Die Crux des Realsozialismus bestand darin, daß er sich einerseits den Zielen der Moderne verpflichtet sah, sogar was die Verpflichtung des Bürgers auf einen modernen Staat betraf, dies aber andererseits mit obrigkeitstaatlichen, auch totalitären Mitteln (!) durchsetzen wollte und damit konterkariert hat. Das heißt aber nun, daß in der realsozialistischen DDR eher von einer Ambivalenz der individuellen Leistung gegenüber ausgegangen werden muß. Bei aller gebotenen Kollektivorientierung, die das sozialisatorisch vorgegebene Plateau individueller Entwicklung war, ist die individuelle Leistung und die sachbezogene Leistungsorientierung eine zentrale Ressource gewesen, der auch die entsprechende politisch-ideologische Aufmerksamkeit galt. Das belegen die Aktivistenbewegung in den 50-er Jahren, die mit dem „Neuen ökonomischen System“ (NÖS) in den 60-er Jahren propagierte höhere individuelle Eigenverantwortung und die Eigenerwirtschaftung der Mittel, die

stärkere Individualisierung in den 70-er Jahren, die sozialpolitisch den Zusammenhang von Individualleistung und individueller Bedürfnisbefriedigung kurzzuschließen versuchte. „Ich leiste was, ich leiste mir was“ hieß es dann in den 80-er Jahren und schließlich belegen das die beginnenden Diskussionen um eine sozialistische Elite (im fachlichen, nicht im politischen Sinne) Ende der 80-er Jahre, um mit Spitzenleistungen doch noch das Weltniveau zu erreichen. Diesen Orientierungen entsprach außerdem ein differenziertes Prämien- und Graduierungssystem. Die DDR hatte vor allem ein anderes, ein zwiespältiges und auch einschränkenderes Verhältnis zur individuellen Leistung als die bürgerliche Gesellschaft. Die „individuelle Leistung“ war entgegen aller ideologischen Skepsis eine Botmäßigkeit ökonomischer Rationalität, auf die sich die DDR bei aller Ineffizienz als moderner Industriestaat verpflichtet hatte. So sollte „Leistung“ immer auch von der Verpflichtung auf die „gemeinsame Sache“ getragen sein, dem „Aufbau des Sozialismus“ oder dem „Weltfrieden“ dienen, und auch die kollektiven Bindungen des Leistungsträgers ausweisen. Die politisch-ideologische Idiosynkrasie bestand nicht, wie dies im übrigen die einschlägigen sozialwissenschaftliche Diskurse in der DDR in 70-er/80-er Jahren belegen, der Individualität gegenüber, sondern dem sog. „bürgerlichen Individualismus“, der konkurrenzförmig in die eigene statt in die kollektive Tasche wirtschaftet.

Hier wäre also bei der Beschreibung des sozialisatorisch relevanten Handlungsraumes mehr Differenzierung notwendig, statt sich zu der Aussage hinreißen zu lassen, daß „eine totalitäre politische Ordnung (wie die DDR danach, S. B.) strebt, jegliches Bewährungsbemühen und seine Anerkennung zu verhindern“, folglich es für „jede(n) DDR-Bürger“ eine „praktisch vernünftige Antwort auf (dieses) Strukturproblem war“, eine „ausgeprägte Haltung, die Identifizierung mit einer Sache zu vermeiden.“ Es ist also äußerst fraglich, ob Frau Kludts Verzicht auf eine Bewährung in der Sache bzw. ihre sach- und bewährungsentbundene Leistungsethik sich aus dem herausgearbeiteten „falltypischen Dilemma“ zwischen Familienloyalität und angepaßter Karriereorientierung in dem als objektiv unterstellten historischen Handlungsraum ableiten läßt.

4.3. Was mich bei der Analyse der biografischen Eckdaten und der anschließenden Interviewanalyse zudem verwundert hat, ist, daß Frau Kludt als katholische Bauertochter aus Sachsen zwar eingeführt wird, die Autor(inn)en die katholische Konfession dann aber nur regional- und religionstheoretisch auswerten. Die Autor(inn)en können sehr schön zeigen, wie hier in einer primär industriell geprägten Region (Sachsen) der dominante protestantische Leistungsethos und die eher subdominante katholische Gemeindebindung sich der biografischen Protagonistin als überkommene regionale Wertespannung vermitteln. Unklar ist, warum dies nicht auf die gesellschaftstheoretischen Analysen der DDR rückbezogen wird. Hat denn die sozialismusspezifische

Koalition von Kirche und Staat bzw. von „Kirche im Sozialismus“, die vor allem auf Betreiben der evangelischen und nicht der katholischen Kirche zustande kam, für Frau Kludt keine biografische Orientierungs- und Handlungsrelevanz gehabt? Hier hätte Frau Kludt nicht nur regionsspezifisch, sondern auch kirchenpolitisch einer (katholischen) Minderheit angehört. Was hat denn ihr in diesem Sinne bestehender Minderheitenstatus oder ihre religiöse Bindung und Einbindung überhaupt (sofern sie denn bestanden haben) für einen Einfluß auf ihre realen Berufschancen gehabt; ist sie biografisch überhaupt in ein solches Konfliktfeld zwischen Religion und Berufskarriere vorgestoßen? An dieser Stelle weist die Analyse der Autor(inn)en eine merkwürdige Leerstelle auf. Auch wenn dies für die biografische Handlungs- und Begründungsebene von Frau Kludt keine Rolle gespielt haben sollte, in der Skizzierung des objektiven historischen Handlungs- bzw. Möglichkeitsraumes hätte es allemal auftauchen müssen. Warum ist dies nicht geschehen?

Unterstellt man nicht eine gesellschaftsanalytische Nachlässigkeit, handelt es sich hier womöglich um ein interpretationsmethodisches Problem? Vielleicht haben die Autor(inn)en aus dem Wissen um die für die Protagonistin subjektive Irrelevanz des im doppelten Sinne katholischen Minderheitenstatus heraus, welches sie nur aus der Begründungsanalyse (zweiter methodischer Schritt) ziehen können, dieses Problem in der objektiven Situationsanalyse (erster methodischer Schritt) quasi unterschlagen. Das ist freilich nur eine Vermutung, da ich den Interviewtext nicht kenne. Aber dieses Eindrucks konnte ich mich an mehreren Stellen nicht erwehren. So scheint mir z. B. bei der Beschreibung des „falltypischen Dilemmas“, daß sich Frau Kludt hat zur Republikflucht nicht entscheiden können, bereits das Wissen konstituierend gewesen, daß dies wirklich eine reale Erwägung von Kludt gewesen ist. Wenn ja, dann sind dies aber Aussagen aufgrund der Begründungs- und Entscheidungsanalyse, die für Frau Kludt zutreffend sein mögen, aber nicht für alle DDR-Bürger, wenn sie in den 60-er Jahren die Kollektivierung verfolgt und erlebt haben, wie bei der Beschreibung des objektiven Handlungsraumes allgemein unterstellt. Wie dem auch sei, der Eindruck muß fast entstehen, weil man im Artikel außer über die „feinanalytisch“ ausgewerteten Einstiegssequenz des Interviews von Frau Kludt selbst nichts erfährt.

Neben dieser eher methodenkritischen Einlassung ist aber vor allem die halbherzige Analyse der möglicherweise katholischen Ein-Bindung der Protagonistin nicht nachvollziehbar. Von hier aus hätte sich vielleicht eher die merkwürdige sach- und problemleerte Leistungsorientierung, das „reine Tätigsein“, das eben mit einer hohen Gemeinde- und Familienbindung einher geht, ableiten lassen als mit der einseitigen totalitarismustheoretischen Beschreibung der vermeintlichen Bewährungsentwertung in der DDR. Kurz gesagt: Vielleicht hat Frau Kludt ihre Karriere nicht deshalb nicht konsequent verfolgt, weil sie an und für sich in der DDR gelebt hat, sondern weil ihr die in der katholisch und bäuerlich „ausgeprägte(n) Vergemeinschaftungslogik“

gegründeten Bindung an die Familie, mithin die Pflege ihrer Mutter wichtiger war, was sich nur im scheinbaren Vagabundieren in ihrem beruflichen Tätigsein ausdrückt. Das ist ein Handlungsgrund, den die Autor(inn)en selbst erwägen, aber dem unterstellten sachentbundenen realsozialistischen Leistungsethos opfern.

4.4. Und schließlich ein Letztes: Aus der „feinanalytischen“ Untersuchung der Einstiegssequenz des Interviews leiten die Autor(inn)en ab, daß die Protagonistin das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit auf eine Weise konstruiert, in der „die Privatsphäre in keiner Weise von ihr positiv besetzt“ wird. Aus der Analyse der Einstiegssequenz können die Autor(inn)en zwar ableiten, daß Frau Kludt einer bloßen Familienorientierung ganz offenbar immer noch eine Erwerbsorientierung entgegengesetzt oder diese gar bevorzugt. Der generalisierende Schluß, den sie indessen daraus ziehen, widerspricht aber ganz offensichtlich sowohl der bisherigen biografischen Handlungslogik als auch der aktuellen biografischen Situation der Protagonistin. Zum einen hatten die Autor(inn)en ja in ihrer vorgängigen Analyse selbst deutlich gemacht, in welchem Konflikt die Protagonistin zwischen Familienloyalität und Berufsorientierung gestanden hat und sich schließlich für die Pflege ihrer Mutter entschied. Zum anderen dürfte Frau Kludt zum Zeitpunkt der Interviewführung nicht nur bezogen auf den umgreifenden gesellschaftlichen Transformationsprozeß, sondern auch bezüglich ihrer eigenen familiären Situation in einer veränderten Lebenslage gewesen sein. Die Eltern sind beide tot und ihre Kinder dürften inzwischen das Haus verlassen haben. Insofern ist der nur „residuale“ Rückgriff auf die eigene Familie vielleicht verständlich (?).

Am Ende des Artikels holen die Autor(inn)en noch einmal zur Globalanalyse über die DDR-Verhältnisse aus, für die Frau Kludt und weitere Interviewanalysen exemplarisch seien. Das durchgängige Strukturproblem der DDR-Gesellschaft sei eine Entgrenzung von Öffentlichkeit und Privatsphäre gewesen, woraus sowohl die schwache affektive Besetzung der eigenen Familie und die submissive, von wenig Selbstbewußtsein geprägte Haltung des Bürgers der politischen Gemeinschaft (dem Staat) gegenüber herrühre. Daran ist soviel wahr, daß die sozialismuseigene Strukturierung von Privatheit und Öffentlichkeit mit durchaus problematischen Folgen für die Subjekte wesentlich von jener im bürgerlichen Nationalstaat abwich, der vor allem auf eine Trennung oder die Illusion einer Trennung dieser gesellschaftlichen Lebenssphären hinausläuft. Dazu zählt der Umstand, daß versucht wurde, den privaten Raum durchgängig zu politisieren, scheinbar private Handlungen politisch aufzuladen, um darüber Kontrolle und Zugriff auf die Subjekte zu erzielen. Darauf haben diese aber auch mit Rückzug, mit Abschottung und mit der sog. „Nischenbildung“ als einer sozialismuseigenen Kulturbildung reagiert, um solchen Entgrenzungen entgegenzuwirken. Das hat zur Bildung der sogenannten „Doppelkultur“ (Christiane Lemke) geführt, die einen unmittelbaren Aus-

griff auf die Subjekte verdünnt, abgeschwächt und schließlich verunmöglicht hat. Der mehr oder weniger erzwungene Krebsgang in die Privatheit – zu denen auch die „Tauschgesellschaft“ gehörte – hat sogar langfristig zu einer Systemstabilisierung der DDR-Gesellschaft geführt und ist von der SED-Führung unter der Hand sogar durch eine verstärkte Orientierung an der privaten Bedürftigkeit seit Anfang der 70-er Jahre in ihrer offiziellen Politik verstärkt bedient worden (sozialpolitische Maßnahmen und Familienpolitik). Dieser Nischengang hatte etwas Konservativ-subversives, er war die kleinbürgerliche Revolte im realsozialistischen Wartestand.

Auf der anderen Seite war die Öffentlichkeit ein Raum, in dem in der Tat nicht der frei autonom handelnde Bürger (im bürgerlichen Verständnis) reüssierte, sondern die vermeintlich politisch bewußt handelnde Person, die sich zum Gutteil nur an den offiziellen Inszenierungen politischen Handelns beteiligte. Dabei sollten allerdings die Teilidentifizierungen, die dieser offizielle politische Raum für die Subjekte auch bereitgestellt hat, nicht unterschlagen werden. Insgesamt ist hier aber eher von einer *Spaltung* und nicht von einer Entgrenzung von Privatheit und Öffentlichkeit auszugehen, in die sich der durchschnittliche DDR-Bürger behänd einzurichten wußte und in der er mit der Macht ein fragiles Gleichgewicht eingegangen ist. Dieses ist mit der Wende 1989 in der Tat verrutscht bzw. zerbrochen. Insofern muß man vielleicht auch keine revolutionäre Emphase bei der DDR-Bevölkerung unterstellen, sondern nur die Fähigkeit, die List der Stunde genutzt zu haben, die auf die lang eingeübte Praxis zurückging, die Macht der Obrigkeit mit ihren eigenen Mitteln zu neutralisieren. Das schloß 1989 nach den Erfahrungen von 1953 und 1968 durchaus den Mut zur Frechheit und die Fähigkeit, der eigenen Angst zu widerstehen, ein. Bringt man die jüngere deutsche Geschichte in Anschlag, zeitigte dies immerhin die erste erfolgreiche „Revolution“. Das betrifft ihren Effekt einer gesellschaftlichen Gesamttransformation als auch das Ausbleiben gewaltförmiger Nebenerscheinungen. Insofern war es in der Tat keine jener Revolutionen, an denen man sich in den letzten ca. 160 Jahren in Deutschland versucht hat. Allerdings waren auch die Parole „Wir sind das Volk“ und schon gar nicht das in Leipzig und Dresden skandiierte „keine Gewalt“ Fortschreibungen einer obrigkeitsstaatlichen Tradition und Haltung.

Das könnte auch den Autor(inn)en aufgefallen sein; sie beurteilen jedoch sowohl das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit in der DDR als auch deren schlußendliche Aufhebung von einem idealen und idealisierten Standpunkt bürgerlicher Verhältnisse aus. Dabei unterschlagen sie, daß womöglich Privatheit und Öffentlichkeit immer ein prekäres Verhältnis eingehen. Darauf verweist zum einen die 68-er „Entdeckung“, daß das Private immer politisch ist und zum anderen der Umstand, daß die medial voranschreitende Entgrenzung von Privatheit und Öffentlichkeit, die sich in den Talkshows etwa als die „Tyrannei der Selbstoffenbarung“ zeigt, die privaten Räume auf eigenartige Weise entleert.

Mehr Sensibilität für die komplizierte Systemdynamik der realsozialistischen Verhältnisse in der DDR und mehr Demut vor den Doppelbödigkeiten und der Gefahr der schleichenden Enteigentlichungen des zivilen Bürgerseins würde vor allem anerkennen, daß DDR-Bürger zunächst andere Erfahrungen in ihren Verhältnissen und mit ihrer Obrigkeit gemacht haben, auf die sie möglicherweise auch „beharrend“ zurückgreifen. Nur müßten dann nicht die „Betriebsgemeinschaften“ und die „Tauschgemeinschaft“, die, wie die Autor(inn)en meinen, „nie eine Gemeinschaft gewesen“ sind, nachträglich denunziert werden. Auch die empirisch scheinbar gesättigte Aussage, „daß die Familie als primäre Vergemeinschaftung mit affektiven Bindungen (in der DDR, S. B.) kaum zu finden sind“, verweist eher auf die Beharrlichkeit der Deutungsmuster der Autor(inn)en als auf jene der Untersuchten. Zumal die aus den Interviews zitierten Bezeichnungen für Familienmitglieder als „Zahnarztsohn“ oder als „Abiturient“ durchaus auch als Stolz und damit als positive Besetzung familiärer Bindungen gelesen werden könnten, im übrigen als ein Stolz, der sich nun gerade an bürgerlich geprägten Aufstiegsenerwartungen orientiert. Hätten die totalitären Verhältnisse sozialisatorisch so zugegriffen, wie die Autor(inn)en es unterstellen, hätte sich im Interviewmaterial vielleicht für ein Familienmitglied auch die Bezeichnung „Baggerfahrersohn“ oder „Bauerntochter“ gefunden.

Prof. Dr. Stefan Busse, Hochschule Mittweida, FB Soziale Arbeit, Döbelner Straße 58, D-04741 Roßwein.

E-mail: busse@htwm.de

Dipl.-Psychologe, Hochschullehrer für Psychologie an der Hochschule Mittweida/Roßwein, FB Soziale Arbeit.

Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Biografieforschung, qualitative Forschung, Professionalisierung Sozialer Arbeit, Supervision.

Manuskript eingegangen am 25. April 2002.